Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/810
22.01.2009

Hauptausschuss

59. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:00 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen (Wahlkreisgesetz) 6

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7826

s. a. Vorlage 14/2362 des Innenministers vom 6. Januar 2009

– abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zwei- ten Lesung)

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/7826 anzunehmen.**

2 Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG NRW) 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7895

s. a. Information 14/872 der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 10.12.2008

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an Innenausschuss)

Der Ausschuss **beschließt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die von der Landesdatenschutzbeauftragten gewünschte und von Sylvia Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte **Formulierung nicht** in den Gesetzentwurf **aufzunehmen.**

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/7895 unverändert anzunehmen.**

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8036
Information 14/872
Verfahrensabsprache/ggf. Votum

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8036 abzulehnen.**

4 Kinderpornografie im Internet – entschlossen und wirksam bekämpfen! 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7830

– Verfahrensabsprache (avisierte Sachverständigenanhörung des Rechtsausschusses)

Der Ausschuss **verständigt** sich darauf, an der **Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss am 11.03.2009** zum Antrag „Kinderpornografie im Internet – entschlossen und wirksam bekämpfen!“ der SPD-Fraktion Drucksache 14/7830 lediglich **nachrichtlich beteiligt zu werden.**

5 Verschiedenes **17**

a) Verschiebung von Sitzungsterminen des Hauptausschusses

b) Informationsreise zur Berlinale am 8./9. Februar 2009

Der Ausschuss **kommt überein,** die Fahrt zur Berlinale am 8./9. Februar 2009 als Delegationsreise durchzuführen.

c) Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk Vorlage 14/2338

Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme des Hauptausschusses fest.

d) Dietmar Brockes als Berichterstatter im AdR zu dem Komplex „Konjunkturpolitik der EU“

e) Bericht zu Parlamentsinformationsrechten

f) Aktivitäten im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament

g) Anhörung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Der Ausschuss **verständigt** sich darauf, an der Expertenanhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen“ Drucksache 14/8025 am 25.03.2009 **nachrichtlich beteiligt** zu werden.

* * *

e) Bericht zu Parlamentsinformationsrechten

Wolfram Kuschke (SPD) weist darauf hin, die letzte Befassung mit dem Thema Parlamentsinformationsrechte habe im September 2008 mit dem Hinweis stattgefunden, dass die Ausschussmitglieder innerhalb kurzer Zeit eine Vorlage erreichen würde.

Er bitte um die Erstellung eines Berichts für die nächste Sitzung, sollte er auch nur die Mitteilung enthalten, dass man nicht weitergekommen sei. Gegebenenfalls könnte man dieses Thema auch im Obleutekreis besprechen.

Der diesbezügliche Antrag seiner Fraktion ruhe immerhin wegen des Versuchs, in anderem Rahmen eine Verständigung zu erreichen, fast drei Jahre.

f) Aktivitäten im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament

Minister Krautscheid habe sich, so **Wolfram Kuschke (SPD),** gegenüber der Presse zu den Aktivitäten der Landesregierung im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament geäußert. Man wünsche Berichte der Landesregierung und der Landtagspräsidentin, da zumindest bei dem Termin am 9. Mai auch der Landtag betroffen sei. Auch für die Parlamentarischen Geschäftsführer böte das die Möglichkeit, einige Dinge in den Fraktionen zu klären.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid,** sagt zu, so zu verfahren.

g) Anhörung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform habe gestern darüber beraten, so **Markus Töns (SPD),** zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Dienstleistungsrichtlinie eine Expertenanhörung durchzuführen, die wahrscheinlich am 25. März stattfinden solle. Er schlägt vor, den Hauptausschuss zumindest nachrichtlich daran zu beteiligen.

> Der Ausschuss **verständigt** sich darauf, an der Expertenanhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen“ Drucksache 14/8025 am 25.03.2009 **nachrichtlich beteiligt** zu werden.

gez. W. Jostmeier
Vorsitzender

hoe/25.03.2009/27.03.2009
165